



Leibniz-Institut für
**OST- UND SÜDOST-
EUROPAFORSCHUNG**

Presseinformation

5. März 2019

Argumente für Krieg oder Frieden

Regensburger Forschungsprojekt untersucht Völkerrechtspolitik in Osteuropa

Der Krieg im Osten der Ukraine oder die Annexion der Krim sind die jüngsten Fälle: In und zwischen den Staaten der ehemaligen Sowjetunion scheinen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts oft nicht zu gelten. Warum das so ist und wie die Staaten darauf reagieren – solchen Fragen geht ein neues Projekt am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) nach. Die Antworten sollen auch dazu beitragen, Krisen vor der Haustür der EU besser zu verstehen und Lösungen zu entwickeln.

Regensburg. Im März läuft am IOS Regensburg das Projekt „Zwischen Konflikt und Kooperation: Politiken des Völkerrechts im postsowjetischen Raum“ an. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird das Vorhaben für drei Jahre mit insgesamt rund 402 000 Euro fördern. Das neue Projekt bearbeitet eine dreiköpfige Gruppe mit Forschenden aus den Politik- und Rechtswissenschaften: Leiterin Dr. Cindy Wittke sowie zwei internationale Doktoranden.

„Wir wollen wissen, welche Völkerrechtspolitik die Nachfolgestaaten der Sowjetunion formulieren und umsetzen“, erläutert Wittke. „Für viele Länder ist das eine Existenzfrage, es geht oft um Krieg oder Frieden.“ Denn gerade in Konfliktfällen schienen in der Region – wie in anderen auch – vermeintlich universelle Grundpfeiler im Völkerrecht nicht stets überall in gleicher Form zu gelten. Etwa im Fall der Krim 2014: Während die Ukraine und westliche Regierungen von einer völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel durch Russland sprechen und auf grundlegende Prinzipien wie die territoriale Unversehrtheit von Staaten verweisen, erklärt Moskau das Gegenteil. Sein Handeln sei im Einklang mit dem Völkerrecht, zum Schutz der Krimbewohner. Russland setzte sein Völkerrechtsverständnis letztlich mit Macht durch. Die Ukraine wiederum verklagt Russland wegen Völkerrechtsbrüchen vor internationalen Gerichten – auch eine Form von Völkerrechtspolitik.

Die Krim ist nur ein Beispiel. Immer wieder kam es in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu Krisen in der Region, wobei die beteiligten Staaten das Völkerrecht bemühten, um eigene Handlungen zu rechtfertigen und die ihres Gegenübers zu delegitimieren. Dabei zeigte sich ein Völkerrechtsverständnis, das sich von dem in den westlichen Ländern teils stark unterschied. Die Regensburger Forscher haben sechs Staaten ausgewählt, die in territoriale Konflikte verwickelt sind oder waren und deren Völkerrechtspolitik analysiert werden sollen: Natürlich Russland als bedeutendster Akteur, aber auch Georgien, die Ukraine, die Republik Moldau, Armenien und Aserbaidschan. Gerade die Letztgenannten machen dieses Vorhaben zu einem besonderen. „Für uns Außenstehende sind diese Staaten immer nur Objekte in einem Kampf zwischen Russland und dem sogenannten Westen. Über ihre eigenen Interessen und ihr Handeln in den Konflikten – über ihre Politiken des Völkerrechts – wissen wir noch viel zu wenig“, sagt Wittke. Auch die Forschung habe bislang nicht viel dazu beigetragen, den Blick zu weiten.

Um das zu ändern, werden die Mitglieder der Projektgruppe in den sechs Ländern zahlreiche Interviews mit Personen führen, die an der Formulierung und Umsetzung der nationalen Völkerrechtspolitik beteiligt sind. Gleichzeitig wollen die Regensburger Wissenschaftler ein Netzwerk in die Region knüpfen. Dazu werden junge Forscher vor Ort in Osteuropa mitarbeiten und Gastwissenschaftler ans IOS kommen. Die Ergebnisse des Projekts sollen letztlich nicht nur eine Forschungslücke schließen; sie richten auch an die deutsche und europäische Politik, die sich oft als Vermittler versucht. „Ob es Frieden gibt im postsowjetischen Raum, das liegt nicht nur an Russland und der EU“, sagt Wittke. „Nur wenn wir alle Beteiligten verstehen, können wir Konflikte auch wieder lösen.“

+ + + + +

Foto im Anhang; honorarfrei, zur Verwendung in Zusammenhang mit dieser Mitteilung.
Vorschlag für Bildunterschrift: Dr. Cindy Wittke leitet das neue Forschungsprojekt zu Völkerrechtspolitiken der Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Bild: IOS/neverflash.photo

Kontakt für Nachfragen zum Projekt:

Dr. Cindy Wittke
0941/94 354-15
wittke@ios-regensburg.de

Mit mehr als 60 Mitarbeitern aus über einem Dutzend Ländern ist das Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) mit Sitz in Regensburg eine der größten Einrichtungen seiner Art. Aufgabe ist die Analyse historischer und gegenwärtiger Dynamiken in Ost- und Südosteuropa – und zwar aus unterschiedlichen Blickwinkeln: Am IOS forschen Geschichts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler gemeinsam. Daneben veröffentlicht das Institut Fachzeitschriften und Buchreihen, fördert den akademischen Nachwuchs und beherbergt eine international führende Fachbibliothek. Mehr auf: www.leibniz-ios.de

Medienkontakt:

Franz Kurz
Öffentlichkeitsarbeit am IOS
Landshuter Str. 4, 93047 Regensburg
0941/94 354-28
presse@ios-regensburg.de